ANMERKUNGEN
FÜR ZEITGENOSSEN UND
FÜR WEGGENOSSEN
IM ERINNERUNGSJAHR 2019

Mai 2019

Listenplatz 3

Cornelia Ernst

Geboren 1956 in Bad Saarow / wohnhaft in Dresden / Ausbildung: Lehrerin für Deutsch und Geschichte / tätig als sächsische Europaabgeordnete DIE LINKE. im Europaparlament

Worauf die Menschen warten

Vor 28 Jahren unterzeichneten zwölf EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, einen völkerrechtlichen Vertrag, der regeln sollte, welcher EU-Staat in welchem Fall für die Prüfung eines gestellten Asylantrages zuständig ist. Benannt wurde das Übereinkommen nach dem Ort seiner Unterzeichnung, Dublin. Die vereinbarten Regelungen traten 1997 in Kraft und seither ist jener EU-Mitgliedstaat für die Überprüfung und Annahme eines Asylantrages zuständig, bei dem der Ersteintritt auf EU-Gebiet erfolgte. Für die Mitglieder in Nordwesteuropa war das eine praktische Lösung. Denn damit wurde die der Löwenanteil der Verantwortung einigen wenigen Staaten an den EU-Außengrenzen zugewiesen. Allerspätestens seit 2015 ist die Untauglichkeit dieser unsolidarischen Regelung nicht länger schönzureden. Deshalb arbeiteten wir im EP-Innenausschuss (LIBE) gemeinsam mit der Sozialdemokratie und den Grünen einen Reformtext aus, der nicht weiter auf der Abschottung Nordwesteuropas beruhen sollte. Nach monatelangen und zähen Auseinandersetzungen mit den anderen Fraktionen bekam unser Text die nötige Mehrheit im Parlament und wir konnten die Kernaussage der bisherigen Dublin-Regelungen streichen, das Prinzip des Ersteintritts. Stattdessen soll vom Mitgliedstaat des Ersteintritts nur mehr die Überprüfung bestimmter Kriterien vorgenommen werden. ... Ohne ein funktionierendes Asylsystem auf EU-Ebene, das auf Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten beruht, lässt sich an die menschlichen und politischen Herausforderungen, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf uns zukommen werden, gar nicht erst denken. **Mit unserem Reformtext haben wir als Europäisches Parlament einen essentiellen Vorschlag gemacht, wie das katastrophal gescheiterte bisherige System grundlegend zu verändern wäre. Seit fast zwei Jahren liegt es an den Mitgliedstaaten, endlich ihre Blockadehaltung aufgeben, zu einer gemeinsamen Position zu finden und mit uns in Verhandlungen zu treten. Die Menschen warten bereits viel zu lange.**

Damit Chemnitz nicht kippt!

Am 26. Mai steht für Chemnitz viel auf dem Spiel. Seit den Kommunalwahlen 2014 gab es im Stadtrat eine linke Mehrheit aus SPD, GRÜNEN und der LINKEN als stärkster Fraktion. Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2017 in Chemnitz, bei denen die AfD knapp hinter der CDU mit 24,3 Prozent der gültigen Stimmen zweitstärkste Kraft wurde, zeigt jedoch eindrücklich, dass es mittlerweile einen politischen und gesellschaftlichen Rechtsruck gegeben hat. Was das bedeuten kann, wenn eine rot-rot-grüne Mehrheit in einer sächsischen Großstadt kippt, zeigt sich in der Dresdner Stadtpolitik: Wie in Chemnitz gab es dort eine rot-rot-grüne Mehrheit im Stadtrat. Im Dezember 2018 verließen jedoch drei Abgeordnete die SPD-Fraktion und gründeten eine „Bürger-

fraktion“, die seitdem zusammen mit CDU, AfD und FDP die Mehrheit im Dresdener Stadrat stellt. Die neue schwarz-gelb-blaue Mehrheit verhinderte, dass ein Großteil der von Rot-Rot-Grün eingeplanten Haushaltsmittel für soziale Projekte wie die Hebammenförderung, Gleichstellungsprojekte, die Kinder- und Jugendhilfe sowie zur Förderung der Kultuland-schaft in Höhe von 7,7 Millionen Euro bereitgestellt wurden. Und wie steht es in Chemnitz? Auch hier steht zu erwarten, dass eine potentielle rechte Ratsmehrheit aus CDU, FDP, AfD und ProChemnitz Ideologie geleitet den Rotstift bei sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten ansetzen würde. Beredtes Beispiel dafür ist die von der CDU in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder gefahrene Kampagne gegen das AJZ. Unter konstruierten „Extremismus“-Vorwürfen stellte sie, im Einklang mit AfD und ProChemnitz, wiederholt die städtische Fianzierung des Alternativen Jugendzentrums in Frage, das unter anderem mit seiner mobilen Jugendso-zialarbeit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Chemnitzer Stadtgesellschaft leistet. **Zwar schließt Sachsens CDU-Chef Kretzschmer Koalitionen mit der AfD aus. In den Medien kursieren aber immer wieder Berichte, dass das nicht für alle Gliederungen der sächsischen Union gelten mag. Also auch nicht für den Chemnitzer Stadtverband der CDU? Darum gilt zur Stadtratswahl am 26. Mai: Nur eine Stimme für DIE LINKE ist eine verlässliche Stimme für ein soziales, weltoffenes und ökologisch nachhaltiges Chemnitz. Damit Chemnitz nicht kippt! (NZ)**

Eine verlässliche Stimme war bisher immer Dr. Ing. Eberhard Langer
Er hat immer den Kopf oben gehalten!

Für Eberhard Langer schließt sich 2019 der Kreis. "Zur Kommunalwahl trete ich nicht mehr an. Ich werde dann 85 Jahre. Da muss auch mal Schluss sein."
Seine Lebensleistungen bleiben unvergessen. Und sollten nicht nur den nun folgenden jüngeren Stadträten der Linken wegweisend werden. Erinnert wird an sein Wirken als Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt ebenso wie in der Fraktion der LINKEN im Chemnitzer Rathaus.

Historischer Moment: Am 1. Juni 1988 besiegelten der Karl-Marx-Städter OB Eberhard Langer (sitzend) und sein Düsseldorfer Kollege OB Klaus Bungert (r.) die Städtepartnerschaft. Foto: Stadtarchiv Düsseldorf.

• Friedlich oder militant

„Friedlich oder militant“ schallt also die Losung aus der übernächsten Generation meiner Partei zur Frage des Widerstands gegen die aktuellen Verhältnisse in unserer Stadt! Ich könnte ihr Ergebnis aus den Erfahrungen in 55 Jahren SED/PDS/LINKE oder besser in drei Gesellschaftsformationen heraus mit einem Seufzer abtun.
Oder ich könnte dazu seitenlang eine Analyse mit Bewertung schreiben. Die Frage also ist: Besitzt der Staat das Machtmonopol oder ...? Wollen und brauchen wir „linksextreme“ Gruppierungen als „Schutzmächte gegen rechts“ (Nicht mein Duktus sondern der der Medien!)?

Nur zwei persönliche Gedankengänge, sehr vereinfacht: 1. Mein Schwiegervater, ein Müller auf dem Land, war Mitglied des Rotfront-Kämpfer-Bundes mit der Konsequenz: Er landete im KZ. Zur Sache: Sozialdemokraten und Kommunisten wollten nicht nach den damaligen demokratischen Regeln und Wahlergebnissen zusammen von links an die Macht. Hitler tat es von rechts.
2. Ab Oktober 1989 demonstrierten in unserer Stadt Hunderttausende. Ich sah oft, wenn ich am Karl-Marx- Monument oder vor dem Rathaus sprach, in hasserfüllte Augen, hörte übelste Schmährufe, bekam (übrigens zum Teil auch heute noch) Drohbriefe und -anrufe usw.

Zerstochene Reifen waren das Wenigste. Mut machten mir damals meine Genossinnen und Genossen, bekannte und unbekannte! und ... ich hatte in diesen Tagen (nur) die Chemnitzer Polizei an der Seite! Sie, als Teil des Staates, sicherte den selbst gegenüber Dresden und Leipzig friedlicheren Verlauf des eingeleiteten Prozesses: Demonstrationen – „Runder Tisch“ – Einzug der „Demokratisch oppositionellen Plattform“ in den Rat der Stadt und die Stadtverordnetenversammlung – Rückbenennung der Stadt, Volkskammer- und Kommunalwahlen usw. usw.
Das geschah parallel zur Abwicklung von NVA, Kampfgruppen, MfS, Sowjetischer Garnison in Ebersdorf und im Zeisigwald u.ä.
Ich fragte mich damals oft: Was passiert, wenn nicht die Polizei als Macht präsent ist? Abgesehen davon – es gab ja auch in jenen Tagen „schützenswerte VIPs“ in der Stadt wie Brandt, Kohl, Genscher, Ministerpräsident Späth, die Chefs der Deutschen Bank, von VW usw. - das Leben in der Stadt musste ja weiter sicher ablaufen.
Und darum: Gegen „rechtsextrem“ hilft keine undefinierte linke Gewalt, ihr jungen Genoss*innen! Da gilt nur das Machtmonopol des Staates, so wie in der DDR auch in der BRD! Allerdings - dem weit weit übergeordnet fungiert die gebündelte Macht aller sogenannten linken Kräfte bzw. Parteien! Das ist das Votum eurer Eltern und Großeltern! und darum ist es auch nicht falsch, sondern grundrichtig, wenn unter kapitalistischen Verhältnissen, auch global vorausgeschaut, Susi Schaper in unserer Heimatstadt bestrebt ist, das Kraft- und Machtpotenzial von LINKEN, SPD und GRÜNEN zu vereinen. / Dr. Eberhard Langer

Aus DKB 2016

Leserbrief
Peter Blechschmidt, Chemnitz

Natürlich ging es da um den "Kohlmann- Treff". Aber für mich war auch der Unmut und Willen von Chemnitzer Bürgern, etwas zu unternehmen, von Wichtigkeit. Dass es wieder als anständig und nicht linksradikal gelten muss, Parallelen zum Faschismus herstellen zu dürfen. Mein Unverständnis ist, dass die Stadt Chemnitz zuvorderst mit einer Gedenkstätte auf dem Kaßberg wirbt, die für den DDR / BRD "Häftlingsfreikauf" steht und dort die Verfolgung von Gegnern des Faschismus hinten runter fällt.

Sie war eine große Hoffnung...

...eine Hoffnung, dass hierzulande noch nicht alle Sozialdemokraten ihre Segel vor den Konservativen gestrichen haben. **Petra Köppings** Buch »Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten war Thema in Talk Show rauf und runter. Deutsche Einheit - Was läuft schief? **"Die Gründe liegen nicht in der DDR, sondern in den Ereignissen nach deren Ende", war eine These Köppings, Sächsische Integrationsministerin (SPD). Man werde keine befriedigende Antwort finden, wenn man sich nicht »ehrlich und offen mit der Nachwendezeit« beschäftige. -**

Nach großer Hoffnung folgte Ernüchterung.

Und nun, da die Linke im Bundestag im Parlament einen Untersuchungsausschuss will, hält sie im MDR, wie der **CDU- Mann Hirte**, das für unnötig. Schon zu lange her, verjährt um Ross und Reiter zu nennen.
Der Ost-Beauftragten der Bundesregierung Christian Hirte (CDU) lehnt ab mit seiner Weisheit zum Thema "Ich bin eine großer Skeptiker von Geschichtspolitik." - War von ihm zu erwarten. Die Frage ist: Geschichtspolitik? - Welche???
Dass aber nun die SPD auch bei dem Thema nach dem Motto verfahren will "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass", macht sprachlos.
Hier sei noch mal aus der DDR-nostalgisch unverdächtigen Quellen "von Drüben" zitiert: Zum Thema Ross und Reiter:

In "Momente aus Kirche und Arbeitswelt" Nr. 4 November 2002 / Sonderheft K ● D ● A Herausgegeben von Verein zur Förderung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt e.V. veröffentlichte Chefredakteur Rüdiger Weiser unter "Sanierungsinstrument statt Altlast / Die Industriebetriebe des ostdeutschen Konsums" seinen Kommentar. Hier wird daraus zitiert.

Dieses Heft, dem Andenken an eine bedeutende Zunft gewidmet, erzählt ein deutsches Wintermärchen: die Mär von der Marktwirtschaft und ihrer Fähigkeiten ...

Die Beiträge in diesem Heft werfen aus unterschiedlichen Blickwinkeln Licht auf die Geschichte der gnadenlosen - und gnadenlos falschen - Prognosen und Empfehlungen einer Firma, deren Ratschläge gemeinhin als etwas beinahe schon unantastbares, als letzte Hoffnung, letzter Ausweg, einzige Möglichkeit usw. gelten.

Sie zeigen, wie falsch man letztlich liegen kann, auch dann, wenn man sein Handwerk gut macht, die Regeln der Zunft beherzigt und sich auch sonst keine weiteren Fehler zu Schulden kommen lässt.

***Die Geschichte ist in zwei Sätzen erzählt: Roland Berger, Blume und Ausbund des Unternehmensberatungswesens in der Bundesrepublik,** empfahl dem ostdeutschen Konsum vor zehn Jahren (1992 d.R.), sich von sämtlichen Industriebetrieben zu trennen, sie abzuwickeln, zu verkaufen oder anderweitig zu „verwerten". Die Vorstände versuchten seinem Rat zu folgen, blieben aber in einigen Fällen erfolglos - doch ausgerechnet die Firmen, auf denen sie sitzenblieben, entwickelten sich dank der Tatkraft und Anpassungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter und ihres Managements prächtig und stellten sich mehr und mehr als Garanten für das Überleben und den wirtschaftlichen Erfolg des Konsums im Osten heraus.*

Der Soziologe Wilhelm Kaltenborn, ab 1991 beim ostdeutschen Konsumverband, erinnert:

…Die VdK-Betriebe (Verband deutscher Konsumgenossenschaften) waren genossenschaftliches, also privates Eigentum. Die Verantwortung war größer und wurde intensiver wahrgenommen - Das wirkte in den 90er Jahren nach.

…Und in dieser Situation wurde nun die Verantwortung in die Hand von Unternehmensberatern gegeben.

Wirtschaftswissenschaftler Jürgs recherchierte dass die Treuhand für Unternehmensberatungen über 1 Milliarde DM ausgegeben hat. Rechnet man einen Tagessatz von 3.000 DM pro Unternehmensberater und nimmt an, dass sie 250 Tage im Jahr arbeiteten, dann heißt das, dass durchschnittlich ununterbrochen 333 Unternehmensberater für die Treuhand tätig waren.
Wie um Himmelswillen konnte ein solcher Massenauftritt eigentlich gehandhabt werden?

In einer Veröffentlichung mit Erlebnisberichten aus der DDR-Arbeitswelt, im Jahr 2001 erschienen (Thießen: Zwischen Plan und Pleite),

kommt auch jemand zu Wort, der aus seiner Tätigkeit für ein großes Unternehmen in der Bundesrepublik Einblicke in den Außenhandel der DDR hatte und der Anfang der 90er Jahre aufgrund seiner so gewonnenen Erfahrungen mit ostdeutschen Betrieben Geschäftsführer eines Treuhandbetriebes wurde.
Er erzählt, dass er das Vertrauen seiner Arbeiter unter anderem dadurch gewann, dass er „die Heerscharen von Unternehmensberatern aus dem Unternehmen entfernt" habe. „Das hat mir

zwar bei den Unternehmensberatern neue Feinde gebracht, die mit harten Bandagen gekämpft haben (die Beratergesellschaften versuchten bei der Treuhandanstalt Stimmung gegen mich zu machen), jedoch das Unternehmen vor weiterem Schaden bewahrt (weil damit verhindert wurde, dass Studienabgänger, welche keinerlei berufliche Erfahrung hatten, Strukturen in dem Unternehmen aufbauten, die nicht tauglich sind."
Als ich das las, assoziierte ich die von Markus erzählte Geschichte der Tempelreinigung als die Händler aus den Tempel eine Räuberhöhle gemacht hatten.
…Einer der großen Unternehmensberater der Treuhand war ***Roland Berger und Partner.*** *Zu seiner Herangehensweise an die Probleme habe ich ein eigentlich nicht glaubbares Gerücht gehört. Er habe - so wird kolportiert - lediglich anhand von Computerprogrammen, die die eingegebenen Zahlenreihen verarbeiteten, seine Empfehlungen gegeben, ohne den jeweiligen Betrieb, sein Management sein wirtschaftliches Umfeld, die Qualifizierungen der Mitarbeiter usw, usw. zur Kenntnis genommen zu haben.*
- Falls das auch nur annährend zuträfe, wäre es ungeheuerlich.

In einer „Spieger-Notiz habe ich gelesen, dass Roland Berger (die Person) in einer Sendung von 3sat. am 03. Juli 2002 („Der Mythos Macht") „kühl doziert" habe, er schätze an der Macht, „über das Schicksal von Menschen bestimmen zu können". Es passt. - Soweit war ich gestern gekommen. Heute - am 07, August 2002 - habe ich nun in der Financial Times Deutschland gelesen, dass Roland Berger tatsächlich eine viel fragwürdigere, allerdings auch gefährlichere Figur ist, als ich bisher annehmen musste. Es gibt nämlich in Berlin eine Beteiligungsgesellschaft mit dem Namen Capital Management Partners (CMP), Sie hat, das war die eigentliche Nachricht der Financial Times, ein Angebot für den in Insolvenz befindlichen Schreibwarenhersteller Herlitz abgegeben. Gesellschafter der CMP ist u.a. Roland Berger.

…Ach, Hamlet: Wie Ekel ist das wüste Treiben dieser Welt.

Ich habe den damaligen Geschäftsführern der drei geretteten Betriebe in der Zwischenzeit den Bericht Roland Bergers zur VdK-Industrie zugeschickt. Sie haben reagiert, ebenso wie eine ehemalige VdK-Mitarbeiterin, die bis 1989/90 intimere Kenntnisse der VdK-Industrie hatte."
(Ihre Meinungen, siehe Grafik oben)

ANMERKUNGEN

Zu Hirte und die Auffassungen zur GESCHICHTSPOLITIK

Erinnern wir an Zeitgenossen Christian Hirte (Jg.1976) CDU, der Ostbeauftragte der Bundesregierung: *Ich bin ein großer Skeptiker von Geschichtspolitik. Politiker sind nicht die besseren Historiker.(FP Ostern 2019) Frage:* **Was ist Politik?**

Neues Deutsches Wörterbuch / NDW Köln 2008 S.657 Politik [griech.] Lehre von der Gestaltung des Staatswesens und dem Handeln seiner Institutionen / taktierendes Verhalten oder Vorgehen.
Neues Grosses Lexikon / NGL 1994 S. 667 Politik (gr.) die umsichtige Führung eines Staates, eines Interessensverbandes od. einer Partei; geplantes, taktisches handeln.

ERINNERUNGSPOLITIK?

Es ist eine sehr grundlegende Frage: Wozu erinnern? Oder, etwas anders formuliert: Was ginge verloren, wenn es keine Erinnerungsarbeit gäbe - gerade mit Blick auf die NS-Zeit? Gute Antworten sind wichtig; schließlich fordern Politiker der AfD das Ende eines angeblichen »Schuldkults« oder drängen, wie Thüringens Landeschef Björn Höcke bei seiner berüchtigten Rede Anfang 2017 im Dresdner Ballhaus Watzke, auf eine erinnerungspolitische »Wende um 180 Grad«. -

Aber es ist auch an wieder die Geschichte der alten BRD zu erinnern!

Inquisition im »freien Teil« Deutschlands

Eine Ausstellung an der Freien Universität Berlin erinnert an Berufsverbote im Westen

Nach 12-jähriger Betroffenheit erklärt Lehrer Matthias Wietzer die Folgen der Berufsverbote (Fotos: Dr. Michael Hüser)

Im Kalten Krieg war man auf keiner Seite zimperlich mit (vermeintlichen) Gegnern. Doch während in der

offiziellen gesamtdeutschen Geschichtsschreibung Repressalien von DDR-Behörden umfänglich aufgearbeitet werden, ist das, was im »freien Teil Deutschlands« Tausende erleben mussten, noch immer nur wenigen bekannt. Dem trägt die Wanderausstellung »Vergessene Geschichte« Rechnung, die (bis zum 18. April) in der Freien Universität (FU) in Berlin-Dahlem zu sehen ist: »Berufsverbote? Was ist das denn?«, lautet die Überschrift der ersten Tafel. Diese erklärt, wie es zum Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst der Bundesrepublik wegen angeblich fehlender Verfassungstreue kam. Im Herbst 1972 verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Länder unter dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) den sogenannten Radikalenerlass. Der sollte das »Einsickern Radikaler« in staatliche Strukturen verhindern. Betroffenen waren »zu 99 Prozent Linke«, betonte Ewald Leppin kürzlich auf einer

Veranstaltung zur Ausstellung. Leppin ist selbst einer von ihnen. Die meisten waren Lehrerinnen und Lehrer. Weiter wurden Juristen und andere Fachleute aus Behörden und Hochschulen herausgedrängt. Selbst Beamte der Post und der Bundesbahn landeten auf der Straße. **Bis Mitte der 80er Jahre wurden insgesamt 3,5 Millionen »Regelanfragen« an den Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz gestellt. 35 000 Menschen wurden als verdächtig eingestuft, und es kam zu mehr als 10 000 Berufsverbotsverfahren. In rund 2500 Fällen führten sie zu Nichteinstellung oder Entlassung.**
In welch absurden Situationen sich etwa Referendarinnen und Lehrerinnen in den 1970er Jahren wiederfinden konnten, illustrierte eine Gruppe Studierender mit einer szenischen Lesung von Gedächtnisprotokollen, die zwei Frauen von ihrem »Verhör« vor Kommissionen angefertigt hatten. Ins Visier der Inquisitoren konnte man allein dadurch geraten, dass man in einer WG wohnte oder sein Auto in der Nähe einer linken Kundgebung parkte, berichtete Ewald Leppin. Niemals sei es um Straftaten gegangen, sondern immer um Gesinnungen, die als unvereinbar mit der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« (FDGO) gebrandmarkt wurden. Dabei, das machte der Verfassungsrechtler Martin Kutscha deutlich, bedeute ein Bekenntnis zur FDGO eben nicht, dass man sich auch zum »Status quo der aktuellen politischen Machtordnung« bekennen müsse. Gemeint sei lediglich Treue zur grundgesetzlich verankerten Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie zum Demokratie- und dem Rechtsstaatsprinzip. Die Praxis der Berufsverbote sei ihrerseits grundgesetzwidrig gewesen, denn sie habe gegen das Diskriminierungsverbot aus Artikel 3 und die in Artikel 4 Grundgesetz postulierte Unverletzlichkeit der Freiheit des Glaubens, des Gewissens und der »Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses« verstoßen.

Wer den Job bekam

Kutscha berichtete, er selbst sei an der FU, als er sich um eine Assistentenstelle beworben habe, einer »hochnotpeinlichen Befragung« unterzogen worden. Den Job habe damals ein junger Mann bekommen, der zwar kein zweites Staatsexamen hatte, dafür aber Mitglied des Rings Christlich-Demokratischer Studenten gewesen sei.
Die Ausstellung organisierte ein im April 2018 gegründeter Initiativkreis der Bildungsgewerkschaft GEW, in deren Berliner Geschäftsstelle die Ausstellung zwischen dem 24. April und dem 31. Mai zu sehen sein wird.
Zu ihrem Zustandekommen trug maßgeblich der Allgemeine Studierendenausschuss der FU bei. An der Universität hatten sich Dozenten bereits vor dem »Radikalenerlass« als Denunzianten hervorgetan. Auch das thematisiert die Ausstellung, die drei Tafeln zur Verfolgung von Linken in Westberlin umfasst. FU-Professoren hatten 1970 die »Notgemeinschaft für eine Freie Universität« (NoFU) gegründet. Ab 1974 erstellte die Gruppierung schwarze Listen mit 1644 Namen von Studierenden, Assistenten und Professoren. Diese Listen versandte die NoFU bis 1986 an 11 000 Adressen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Die Denunziationen beeinträchtigten berufliche Laufbahnen, so mancher fand nie wieder einen Job gemäß seiner Qualifikation.

Dass Repressalien gegen Linke nicht allein der Vergangenheit angehören, zeigen die teils verschärften Polizeigesetze ebenso wie Bundesinnenminister Horst Seehofers (CSU) Ankündigung von Februar: Er werde die »Vereinbarkeit« von Parteimitgliedschaften bei Beamten und Staatsbediensteten mit deren »Verpflichtungen« zur »politischen Zurückhaltung« überprüfen lassen.

Aus Jana Frielinghaus / nd 16.4.2019

Es sage keiner, er habe es nicht gewusst

Deutschlandfunk

Kalenderblatt / April 2019 /

Silvia Gingold erhielt in den 1970er-Jahren wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP Berufsverbot (Deutschlandradio / Christine Werner)

Silvia Gingold, 72 Jahre alt, ehemalige Lehrerin, wird seit ihrem 17. Lebensjahr vom Verfassungsschutz beobachtet, weil sie als linksextrem gilt. Dagegen hat sie geklagt. Sie will, dass ihre Beobachtung endlich eingestellt wird. Silvia Gingold sagt, sie werde beobachtet, weil sie in der Friedensbewegung aktiv ist, und weil sie vor antifaschistischen Gruppen aus der Biografie ihres Vaters liest. Ihre Eltern waren jüdische Widerstandskämpfer und Kommunisten, mussten vor den Nazis fliehen. Zurück in Deutschland gründete ihr Vater Peter Gingold die ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes', die der hessische Landesverfassungsschutz bis heute als linksextremistisch beeinflusst einstuft.
Silvia Gingold selbst erhielt bereits in den 1970er-Jahren wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP Berufsverbot. Sie klagt jetzt gegen den hessischen Landesverfassungsschutz und fordert, dass die Beobachtung eingestellt und ihre Daten gelöscht werden. Der Aufwand, der für ihre Bespitzelung betrieben wird, empört sie. Die wahren Verfassungsfeinde seien andere, sagt sie.

Leserbrief zum Thema

Senat sollte Mut zeigen

Wie die anderen Leserbriefschreiber möchte ich daran erinnern, dass unser rot-rot-grüner Senat auch den Mut haben sollte, dieses leidige und ungerechte Kapitel der Westberliner Geschichte abzuschließen und das politische Unrecht für die Betroffenen endlich an zu erkennen und die Menschen zu rehabilitieren. Das politische Unrecht der DDR wurde aufgearbeitet, der Westberliner Senat hat das seit Jahrzehnten nicht geschafft. Ja, politisches Unrecht bei anderen ist leicht zu erkennen, das eigene will man nicht zur Kenntnis nehmen, wir sind schließlich ein Rechtsstaat, da kann es so etwas nicht geben - oder? Für Hans Apel, dessen Fall dort exemplarisch vorgestellt wurde, kommt die Rehabilitierung zu spät, er starb 1998, aber für seine Familie wäre es eine späte Genugtuung. Schließlich haben wir alle darunter gelitten.

Brigitte Apel, per E-Mail / nd 3.5.2019

neues deutschland

In Sachsen Hürden beim Gedenken

Aus Selbsthilfe beim Gedenken Sächsische Arbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit NS-Zeit stößt auf Hürden. Hendrik Lasch in nd 26.4.2019

Eine »Sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus« (sLAG) wurde im September 2018 gegründet - als Reaktion auf zunehmenden Rechtspopulismus, aber auch auf Defizite in der sächsischen Erinnerungspolitik. Gerade Initiativen und Projektgruppen, die zu NS-Verbrechen forschen oder Erinnerungsorte etwa in frühen Konzentrationslagern aufbauen wollen, fühlen sich seit Jahren von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten nicht genügend unterstützt. Die sLAG verstehe sich angesichts dessen als »Projekt zur Selbsthilfe«. In der Arbeitsgemeinschaft, wirken mittlerweile gut 30 Institutionen mit. Das Spektrum reicht vom Kulturbüro Dresden über den Treibhaus e. V. Döbeln und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit bis zur Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig und dem Kultur- und Bildungszentrum AKuBiz Pirna. Auch etwa 30 Einzelpersonen sind Mitglied.

Um die Ausrichtung des Gedenkens hatte es in Sachsen jahrelang Streit gegeben; maßgebliche Verbände wie der Zentralrat der Juden und der VVN hatten sich zeitweise ganz aus der Stiftung zurückgezogen. Auslöser war das Gedenkstättengesetz von 2003, dem vorgeworfen wurde, NS-Verbrechen und DDR-Unrecht auf eine Stufe zu stellen und Erstere so zu relativieren. Erst 2012 wurde der Streit durch eine Novelle des Gesetzes beigelegt. Seither sorgt die Erinnerungspolitik in Sachsen überregional kaum noch für Aufsehen. Im Freistaat selbst gibt es aber weiter viel

Ehemalige Zwangsarbeiter an der Gedenkstätte in Leipzig
Foto: dpa

Unzufriedenheit. Vereine und Initiativen fühlen sich in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit durch die Stiftung

ausgebremst und klagen insbesondere über ein schwieriges Verhältnis zu deren Geschäftsführer, der aber noch bis mindestens Ende 2021 im Amt ist. Mancher setzt Hoffnungen auf eine seit 2017 laufende Evaluation der Stiftung. Der Abschlussbericht soll Ende Mai im Stiftungsrat abschließend beraten werden. Allerdings endet kurz danach die Legislatur; im September wird in Sachsen ein neuer Landtag gewählt. Zu befürchten steht ein deutliches Erstarken der AfD und womöglich sogar eine erste Regierungsbeteiligung der Rechtspopulisten. Was das für die sächsische Erinnerungspolitik bedeuten würde, ist eine Frage, die noch für viele Diskussionen sorgen dürfte.

Chemnitzer Museumsnacht und Chemnitzer Erinnerungen

Geschichte bedeutet auch die Betrachtung der Vergangenheit im Gedenken, im Erzählen und in der Geschichtsschreibung. Auch in einer Zeit, in der sich dem Wort nach von seiner faschistischen Vergangenheit vehement distanzierenden Deutschland. Auf den Standpunkt kommt es an. - Das wird auch gerade wieder im Zusammenhang mit der Bewerbung der Stadt Chemnitz als Kulturhauptstadt Europas 2025 sichtbar.
Die Reden und Beteuerungen nach den so genannten "Chemnitzer Ereignissen" noch im Ohr, war anzunehmen, dass die warnenden Stimmen von uns Antifaschisten und Nazi- Gegnern, dass in der Erinnerungspolitik die Gleichsetzung Nazizeit = DDR wie sie im Gedenkort ehemaligen Kaßberg-Gefängnis praktiziert wird, letztlich einer Verniedlichung des Faschismus gleich kommt, auch Gehör bei der Oberbürgermeisterin und ihren Angestellten gefunden hat.

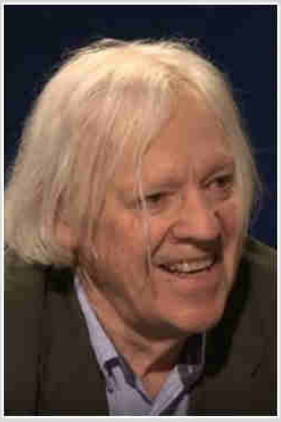
CHEMNITZ KULTUR HAUPTSTADT EUROPA 2025

Alles blieb ungehört. Ungehört, wie gegenwärtig der Protest gegen die einseitige Darstellung in den Bewerbungsunterlagen der Stadt Chemnitz für die Kulturhauptstadt Europas.

Stadtrat (LINKE) Dietmar Berger, wandte sich nun direkt an die Frau Oberbürgermeisterin Ludwig (SPD):
Im Mai findet wieder die Chemnitzer Museumsnacht erneut statt. Für die Broschüre tragen sie wie in den vergangenen Jahren als Herausgeberin die Verantwortung.
Vergangenes Jahr wurde das Gefängnis auf dem Kaßberg nur als Einrichtung „ zum Verkauf DDR-Häftlinge“ bezeichnet. Die Nazivergangenheit und deren Opfer wurden ausgeblendet. Sie haben im vergangenen Jahr zugesagt, dass dies bei künftigen Veranstaltungen ausgewogener dargestellt wird.
In der diesjährigen Broschüre wurde ihre Zusage wieder nicht umgesetzt.
Wurde ihnen der Entwurf der Broschüre vorgelegt? Wenn nein, wer war/ist für die Druckfreigabe verantwortlich? Warum wurde die Vergangenheit des Gefängnisses auf dem Kaßberg in der Nazizeit wieder – bewusst? – ausgeblendet? Welche organisatorischen Reglungen werden sie treffen, daß 2020 ihre Zusage umgesetzt wird?

Das sollten auch unsere energische Fragen bleiben! Salbungsvolle Reden haben wir genug gehört! Bei aller Liebe zur Blasmusik der Frau OB, dieses Geeier sollte man ihr und ihren neuklugen Verfassern, nicht durchgehen lassen.
Wie in diesen Tagen in Zeitungen zu lesen und im MDR zu sehen: Das Wetteifern um Chemnitz als zentralen Stasiakten-Standort ist ausgebrochen. BStU- Chef Rathenow : "Chemnitz hat Potenzial" (FP 29.4.2019) . Neben dem Staatsarchiv natürlich ein wichtiger Pfeiler das Kaßberg- Gefängnis. In ihm über 30 000 "politische Häftlinge der DDR" ....
Die halbe Wahrheit kommt hier einer Götzenanbetung gleich.

***Erinnert** sei an die Erklärung (24. April 2016) des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes – BdA Chemnitz anläßlich der Eröffnung des Gedenkorts am Kaßberg-Gefängnis Chemnitz: Wir protestieren deutlich gegen den Tenor unter dem die Einweihungszeremonie stattfinden soll und werden selbst daran nicht teilnehmen! Ihre Einladung in der Sie die Zeit des Nationalsozialismus - des deutschen Faschismus, der unmittelbaren Zeit nach Ende des 2. Weltkrieges, die Zeit der sowjetischen Verwaltung unddie Zeit von 1949 bis 1989 gleichsetzen, ist gelinde gesagt unzumutbar.*



„Wer die Erinnerung eines Menschen, aber auch eines Volkes beherrscht, beherrscht auch diesen Menschen oder dieses Volk. In den Geschichtsbüchern steht immer auch Politik, um Denkmäler entbrennen politische Auseinandersetzungen, welche Akten in Archiven verstauben, welche von Behörden gepflegt und verwaltet werden, ist eine politische Entscheidung. Das hat auch die deutsche Wiedervereinigung gezeigt, in der Untugenden der Stasi öffentlich gemacht wurden, während die Geheimnisse des BND Geheimnisse bleiben durften.
(Aus „Flüchtling oder unauslöschlich, kostbar oder qualvoll: Die Magie der Erinnerung“ Dr. Wolfgang Schmidtbauer, München)

Erinnert sei weiter auch an die
Pressemitteilung
Zur Gleichsetzung beim Lern- und Gedenkort Kaßberg- Gefängnis e. V.
10.05.2017

Susanne Schaper, Mitglied des Sächsischen Landtag, Vorsitzende Fraktion DIE LINKE Chemnitz, Klaus Bartl, Mitglied des Sächsischen Landtages, Nico Brünler, Mitglied des Sächsischen Landtages, Vorsitzender DIE LINKE Chemnitz

Die Programmankündigung zur Chemnitzer Museumsnacht am 20. Mai 2017 gibt uns Anlass, unsere schon mehrfach geäußerte Kritik an der antikommunistischen und totalitarismustheoretischen Instrumentalisierung des Gedenkortes am Kaßberg-Gefängnis Chemnitz zu erneuern und zu verschärfen. Dabei schließen wir uns voll inhaltlich dem Offenen Brief des VVN-BdA Chemnitz an, in dem gegen den Tenor der Einweihungszeremonie entschieden protestiert wurde.
Die Ankündigung der objektbezogenen Museumsnacht verdeutlicht, dass der Gedenkort Kaßberg immer stärker zu einem Bestandteil einer tendenziellen Ausrichtung der Geschichtsaufarbeitung in Ostdeutschland in Richtung Delegitimierung des ersten sozialistischen Versuchs auf deutschem Boden werden soll. Bei allem in der DDR geschehenen Unrecht war sie keinesfalls eine totalitäre und mit dem mörderischen NS-Herrschaftssystem gleichzusetzende „zweite Diktatur“. Dies kommt einer Dämonisierung der DDR gleich, die wiederum mit einer Relativierung den faschistischen Schreckensjahren 1933-1945 verbunden ist.

Die Charakterisierung „der Zeit nach 1933, als Chemnitzer Juden und Gegner des Nationalsozialismus eingesperrt waren“ verharmlost die faschistische Terrorherrschaft in unerträglicher Weise, zumal sie mit der „Zeit nach 1945, als die Sowjets das Gefängnis zur Verfolgung vermeintlicher NS-Anhänger nutzten“ und der „Zeit bis 1989, als die Staatssicherheit dort ihre DDR-weit größte Untersuchungshaftanstalt betrieb und das Gefängnis als Drehscheibe für den Freikauf von etwa 30.000 politischen Häftlingen durch die Bundesregierung diente“, faktisch gleichgesetzt wird. Hier werden die Nazi-Verbrechen gegen die Menschheit wie Weltkrieg und Holocaust faktisch mit dem in der DDR begangenen Unrecht in einem Atemzug genannt und damit gleichgesetzt.

Diese Art der revisionistischen Geschichtspolitik und der damit verbundenen Verschiebung des erinnerungspolitischen Kanons nach rechts ist einer Chemnitzer Gedenkstätte unwürdig.
Das gilt umso mehr, da vor wenigen Wochen von unserer Stadt ein bemerkenswertes Signal gegen den aufkommenden Rechtspopulismus gesetzt wurde: die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Justin Sonder, den wichtigsten noch lebenden Chemnitzer Zeitzeugen für die Verbrechen des Faschismus. Zu Recht wurde ihm als dem Auschwitz-Überlebenden von allen demokratischen Parteien zu seiner Auszeichnung gratuliert und für seine unermüdliche antifaschistische Zeitzeugenarbeit Dank und Respekt ausgesprochen.

Aus diesem Grunde sehen wir jetzt auch die Chemnitzer Oberbürgermeisterin persönlich in der Pflicht und fordern sie auf, dafür Sorge zu tragen, dass der geschichtsnivellierende Ankündigungstext für die Museumsnacht zurückgezogen wird.
10.05.2017 (!)

Keine Rechtfertigung

Es gibt kein fremdes Leid - das galt und gilt immer. In der Erklärung der VVN-BdA von 2016 heißt es : So sehr wir bisher die Entstehung einer würdigen Erinnerungsstätte am historischen Ort, der einstigen Haftanstalt auf dem Kaßberg durchaus begrüßt haben, protestieren wir nun um so deutlicher gegen den Tenor der Einweihungszeremonie.

Es gibt keine Verteidigung des Unrechts.
Markus Wolf hat es am 4. Nov. 89 auf dem Berliner Alexanderplatz auf den Punkt gebracht: "Nicht alle Mitarbeiter der Staatssicherheit zu den Prügelknaben der Nation zu machen für eine verfehlte Sicherheitspolitik". Es gibt keine Rechtfertigung für den so genannten Freikauf der DDR und BRD. Zur ganzen Wahrheit sollte man aber auch die Interpretation der Anderen kennen.

In einer Leseprobe zu einem "Stasi- Buch" heißt es ua: *Der »große Erich« erkundigte sich bei dieser Zusammenkunft imMärz 1974 nach dem Verbleib der Beträge, die über die evangelische Kirche der Bundesrepublik in die nie DDR flössen.*
Das waren Gelder, die für den sogenannten Freikauf von Häftlingen gezahlt wurden, was weder Gnadenakt noch Sklavenmarkt war: Die DDR wünschte nur ihre Ausbildungskosten zurück. Das war schlechterdings nicht möglich bei den rund drei Millionen Facharbeitern, Ärzten, Ingenieuren, Wissenschaftlern, Krankenschwestern etc., die bis zum Mauerbau der DDR den Rücken gekehrt hatten und dann durch ihre qualifizierte Arbeit zum Wirtschaftswunder der Bundesrepublik beitrugen.
Jetzt aber, nachdem die Grenze gesichert und der Verkehr mit der BRD durch einen Grundlagenvertrag geregelt war, konnte man auch darüber verhandeln.
Dieser neudeutsch »Brain-drain« bezeichnete Vorgang, also die Abwanderung und Abwerbung gut ausgebildeter Fachkräfte, musste nicht mehr stillschweigend hingenommen werden, schon gar nicht, wenn es sich um eine beantragte oder qua Gesetzesbruch erzwungene Ausreise handelte, die zudem von der Bundesrepublik unterstützt wurde.
Nein, man muss es nicht billigen! Man sollte aber auch an Egon Bahrs Satz erinnern: "Natürlich hat auch der Westen im Kalten Krieg sich nicht nur an die Regeln eines Mädchenpensionat gehalten"

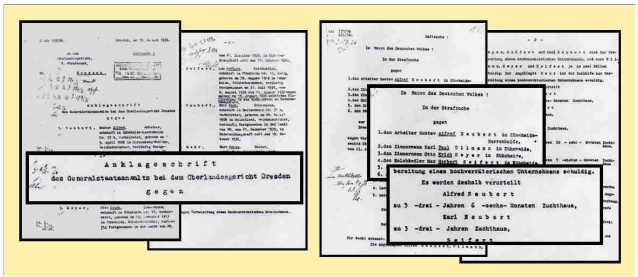
DAS KASSBERG- GEFÄNGNIS - NUR ALS FREIHEITSTOR?

Karl Neubert (Jahrgang 1908): Es war ungefähr früh um 05.00 Uhr als sich in Chemnitz (Kaßberg – Gefängnis) die Tore zur Freiheit für 3 Jahre hinter mir schlossen.

Unser Leser Reiner Neubert aus Berlin schickte "Aus Aufzeichnungen meines Vaters" Wir zitieren nachstehend daraus.

Aus Aufzeichnungen meines Vaters: 1935
Das erste Jahr nach langjähriger Arbeitslosigkeit wieder ab Februar 1935 Arbeit bei Baumeister Weber in Kühnhaide am Straßenbau Wiesenbad – Annaberg als Arbeiter. Später in meinem Beruf als Zimmermann tätig. Es war das erste Jahr nach unserer Heirat, dass wir uns verschiedene Sachen kaufen und etwas besser leben konnten. Ich habe das ganze Jahr mit zwei Genossen zusammengearbeitet und wir haben nicht gewusst, dass jeder illegal arbeitet. Wir mussten ja so vorsichtig sein, denn unser Arbeitgeber war auch ein straffer Nazi.
Der eine Genosse, mit dem ich jeden Tag zusammengearbeitet habe, war Erich Meier und später mein Mitangeklagter in unserem Prozess. Den anderen Genossen aus Schönfeld- Wiesa habe ich dann in Zwickau (Haftanstalt – Einfügung) wieder getroffen.
Ich war also mit Frau und Kind froh wieder mal Geld zu verdienen und hatte die Hoffnung auf längere Zeit unser Auskommen zu haben. Wir hatten uns schon auf das Weihnachtsfest 1935 gefreut und alle Vorbereitungen dazu getroffen, aber leider wollten es die Faschisten anders. Am 21.12.1935 abends gegen 21.00 Uhr – wir wollten gerade schlafen gehen – klopfte es an der Haustür: Aufmachen Polizei!
Da wusste ich gleich, was die Uhr geschlagen hatte, denn mein Verbindungsgenosse, der Heinrich Kleditzsch, war schon im September und sein Nachfolger Kurt Graupner im Oktober verhaftet worden.Vier SA- Schergen hatten unser Haus umstellt. Die beiden Polizisten – ich glaube Köhler und Pechmann – teilten mir mit, dass ich zu einer Unterredung nach Marienberg mitkommen müsste, ich brauchte nichts mitzunehmen und käme bald

wieder zurück. Aber meine Frau wusste auch gleich wohin mein Weg führt. Als sie mich aus der Wohnung geholt hatten, bekam ich einen Strick um das Handgelenk und mir wurde mitgeteilt, beim geringsten Fluchtversuch wird geschossen. Da war mir alles vollkommen klar, dass ich meine Wohnung nicht gleich wieder sehen würde.
Ich wurde von meiner Wohnung bis zur Gaststätte „Neues Haus“ geführt, ungefähr 300 Meter, wo meine Schwiegereltern wohnten. Ich wurde unter Bewachung im Auto eingeschlossen und inzwischen wurden meine Schwiegereltern verhört. Meine Schwiegermutter wusste Bescheid, dass wir illegal gearbeitet haben. Wir hatten ihr öfter Flugblätter zum Lesen gegeben. Aber mein Schwiegervater durfte davon unter keinen Umständen etwas erfahren.


Anklageschrift
des Generalstaatsanwalts bei dem Oberlandesgericht Dresden
gegen

Als sie mich aus der Wohnung geholt hatten, wurde von einem Polizisten und zwei SA- Leuten unsere Wohnung von Boden bis zum Keller untersucht, aber nichts gefunden, außen meinem Sowjetstern.
So gegen 22.00 Uhr ging dann die Fahrt nach Marienberg. Dort im Rathaus war die erste Sammelstation. Die Nazis hatten bereits die Genossen aus Gebirge und Marienberg zusammengeholt. Wir wurden auf einen LKW verladen und ab ging es wieder in Richtung Reitzenhain und Kühnhaide. In Kühnhaide war Halt an der ehemaligen Gaststätte Biltz – das „braune Haus“. Dort wurden die Nächsten zugeladen, oder besser wie Vieh verladen. Wer nicht schnell genug aufs Auto kam, dem wurde mit den ersten Prügel nachgeholfen.
Ich traute meinen Augen nicht, als mein Bruder Alfred und mein Arbeitskollege Erich Meier aufs Auto kamen und noch vier oder 5 andere Genossen.

Dann ging die Fahrt weiter Rübenau. Dort standen die Genossen unter Bewachung schon bereit zum Aufladen, dann ging es weiter nach Olbernhau und in Lengefeld in das heutige Kulturhaus – es war damals das „braune Haus“ – war Sammelstation für die umliegenden Orte.
Dort in den Räumen haben die meisten Genossen die erste Erfahrung mit der Gestapo gemacht und die Gewissheit erhalten, was uns in Zukunft bevor stand. Es wurden nach und nach verschiedene Genossen aufgerufen und in einen Nebenraum gezerrt. Nach meinem Bruder wurde ich geholt und gefragt warum sie mich geholt hätten. Ich sagte, ich weiß nicht warum. Da packten mich zwei Gestapo- Bullen zerrten mich über einen Stuhl, wickelten mir eine Art Handtuch um den Kopf, damit ich nichts sehen und nicht schreien konnte und verabreichten mir die ersten Prügel mit einem Gummiknüppel. Ich wollte schreien, brachte aber keinen Ton über die Lippen aus Hass auf diese Gestapoleute.

Dann wurde ich zur Tür gestoßen, mit der Bemerkung, „das war nur eine Kostprobe, merk dir das“. Das gleiche wurde noch mit etlichen Genossen gemacht. Dann wurden wir auf zwei LKW verladen – es muss so gegen 02.00 oder 03.00 Uhr nachts gewesen sein. Auf halbem Wege bis zur Heinzebank mussten wir vom Auto runter, weil dasselbe eine Panne hatte und mussten uns am Straßenrand bei eisiger Kälte aufstellen. Nach Beseitigung der Panne konnten wir den LKW wieder besteigen. Es war ungefähr früh um 05.00 Uhr als sich in Chemnitz (Kaßberg – Einfügung) die Tore zur Freiheit für 3 Jahre hinter mir schlossen.

Reiner Neubert zu Vaters Schicksal

Am 21.12.1938 wurde er entlassen und stand anschließend ein halbes Jahr unter Polizeiaufsicht. Das bedeutete sich wöchentlich bei der Polizei persönlich zu melden. Mein Onkel Alfred kam während seiner Haftzeit ins Emsland zu den Moorsoldaten. Von dort wurde er zur Strafkompanie 999 eingezogen, kam nach Albanien und dort ums Leben. Es gibt ein Buch „Die mit dem blauen Schein", in dem ein Angehöriger dieser Strafkompanie (Max Sträube aus Zschopau} berichtet, mit dem auch mein Onkel zusammen war. Die Umstände seines Todes kenne ich nicht. Sie wird wahrscheinlich auch niemand mehr kennen. Die Strafkompanie 999 setzte sich hauptsächlich aus politischen Gefangenen und Kriminellen zusammen, die an der Front verheizt wurden. Sie wurden dort eingesetzt, wo von Beginn an klar war, dass niemand überlebte. Sie waren minderwertig und konnten „verbraucht" werden. Das entsprach auch der Naziideologie.
Ich erinnere mich, dass mir mein Vater folgendes erzählte: In Reitzenhain wurde er vor seiner Verhaftung von einem etwa Gleichaltrigen angesprochen, der ihn für den englischen Geheimdienst anwerben wollte.
Der englische MI5 war damals bereits in der Tscheche! sehr aktiv. Mein Vater lehnte aber ab. Der ihn anwerben wollte, sei - so die Aussagen meines Vaters - später hingerichtet worden.

28.8.1942 Der Volksgerichtshof verurteilt den 29 Jahre alten Walter Hübner aus dem OT Wildhäuser (Haus Nr. 16 B, Hübnerstraße 116) wegen „Landesverrates" zum Tode, Die Hinrichtung findet am 24,11.1942 in Berlin-Plötzensee statt.

Der Roman von Christel Weiß trägt diesen Titel. In Ihrer "Proletarischen Familien-Saga" heißt es im Vorwort: Da war nicht nur einer. Und der hieß Stauffenberg. Da waren die vielen, die soll man nicht vergessen! Die darin vorkommenden Personen und Namen sind bis auf wenige Ausnahmen alle authentisch. Handlungsorte im Erzgebirge und Chemnitz.

Edith und Kurt sind nicht die einzigen aus dem Kreis des Chemnitzer Widerstandes, die um den Jahreswechsel 1944/45 erneut bei der Gestapo landen. Dora Günther, Arno Schreiter, Gurt Wach, nur einige der vielen weiteren Opfer.
Die ausweglose Lage, so wie sie jetzt war, konnte auch dem dümmsten Nazi nicht verborgen bleiben. Der drohende Untergang, so klar absehbar, schürt eine ohnmächtige Wut, der die Verhafteten schutzlos preisgegeben sind. Was den, der verhaftet wird, erwartet, ist jedem von ihnen klar.
Gründe für die Inhaftierungen brauchte man keine. Gründe brauchte man schon lange nicht mehr. Gründe hat man eigentlich noch niemals gebraucht. Nicht für den Krieg und für gar nichts. Soll man bei sechzig Millionen Toten jeden einzelnen Tod vielleicht noch begründen? Hochverrat, das zeitlos beliebte Urteil des Volksgerichtshofs und das flott gesprochene Einheitsurteil nun in der Endphase des Nationalsozialismus — als Grund war das immer gut und vor allem ausreichend.
Die Kretzschmars will man sich dann doch kurz noch vor Jahresfrist sichern.
Anderer hat man sich schon vorher entledigt. Ernst Enge, Gefährte Ernst Thälmanns n6ch aus der Hamburger Zeit, der die illegale Hilfe im Chemnitzer Raum für die etwa zehntausend sowjetischen, französischen und tschechischen Zwangsarbeiter leitet, an der auch Edith mitwirkt, der nachts Radio Moskau hört und die wichtigen Informationen dann weiterlenkt — hoffnungspendend für so viele, dieser Irrsinn möge nun doch bald sein Ende finden —, wird im Oktober bereits in seiner Zelle auf dem Kaßberg erdrosselt. ... hat Selbstmord verübt, wird in irgendeinem Wisch dann vermerkt.
Rudolf Harlaß wird im Dezember auch auf dem Kaßberg ermordet. Er hat, gemeinsam mit Enge, das Netz der Widerstandsgruppen in den großen Rüstungsbetrieben von Chemnitz geleitet, und wo sonst Zwangsarbeit anfiel — Niles, Astra, Pfauter, Wanderer, Krautheim und noch ein paar mehr —, und hielt zugleich die Verbindung zu den großen antifaschistischen Widerstandsgruppen in anderen deutschen Städten.
Nach der Gestapo-Tortur schließt sich Untersuchungshaft an für Edith und Kurt, die Bezeichnung nicht mehr als eine Floskel. Nach dem ihnen ins Gesicht gebrüllten Hochverrat ergeht folgerichtig für beide das Todesurteil.
Seiten 466-467

Noch zur Erinnerungspolitik in Sachsen

Das Ehrenmal am Hutholz / Neukirchen für die sieben ermordeten Antifaschisten, wurde 2010 aus der Liste der Denkmäler Sachsens gestrichen. Gerade mühevoll restauriert, wurde es in der Osternacht 2016 von Nazis geschändet.

Oft zu hören: Finanzierung für die Erhaltung und Pflege des Andenkens des Widerstandes fehlt. Die Medien verkündeten in diesen Tagen: Das aus dem Mitgliedsbeiträgen der Mitglieder der Parteien und Massenorganisationen der DDR stammende Geld wird - wie in diesen Tagen auch für die Restaurierung von Kirchen und auch für die Galopprennbahn in Leipzig eingesetzt.

ANGEMERKT wird vom Freundeskreis Neue Zeit Geschichte Chemnitz herausgegeben.